

Übernahme von Rechtsakten der EU

Laut Bundesrat soll die Schweiz mit dem Rahmenvertrag 150 EU-Rechtsakte mit Gesetzescharakter übernehmen (NZZ 7.11.24). Diese Zahl wirkt im Vergleich zu den über 8000 EU-Rechtsvorschriften in den relevanten Binnenmarktdossiers überschaubar, doch sie verschleiert die tatsächlichen Folgen. Noch kürzlich sprach man von 39 Gesetzesanpassungen, nun sind es 150 – die drastische Steigerung wirft Fragen auf.

150 Rechtsakte als Ausgangspunkt: Diese sollen nach Annahme des Vertrags sofort übernommen werden. Doch das ist nur die Spitze des Eisbergs. Hinter jedem Rechtsakt können Hunderte weitere Verordnungen, Richtlinien usw. stehen. Über 100 Personen in der Bundesverwaltung arbeiten bereits an der Umsetzung ins nationale Recht. Die Anpassungen betreffen ein Vielfaches an Gesetzen und Verordnungen, die Zahl «150» verschleiert das Gesamtbild. Nach Inkrafttreten beginnt die dynamische Rechtsübernahme. Unzählige neue Rechtsakte könnten folgen – ohne Möglichkeit der Blockade.

Das Fazit ernüchtert: Die Zahl «150» ist Augenwischerei. Nationale Anpassungen und ein endloser Strom neuer Rechtsvorschriften werden verschwiegen. Zudem bleiben die Kostenfolgen völlig unklar. Ein abschreckendes Beispiel für die finanziellen Belastungen ist die «freiwillig» inhaltlich weitestgehend übernommene CSRD (Corporate Sustainability Reporting Directive). Laut der linksgerichteten, «unverdächtigen» Beratungsfirma BSS verursachen deren Vorgaben für 3500 Unternehmen jährliche Kosten von über 900 Millionen Franken.

Zentral ist deshalb die Forderung nach Transparenz. Welche EU-Rechtsakte müssen übernommen werden? Welche nationalen Verordnungen sind betroffen? Entstehen nur Kosten, oder bieten sich auch Chancen für die Unternehmen? Welche Branchen und wie viele Unternehmen trifft es?

Ohne Antworten bleibt die Bewertung des Abkommens spekulativ. Diese Transparenzlücke erschwert eine Einschätzung und verunsichert auch Unternehmen und Bevölkerung.

Philip Erzinger,
Geschäftsführer Kompass/Europa

Gegner eines EU-Abkommens

Im Artikel über Bundesrat Cassis' Schweigen zu den laufenden Verhandlungen zwischen der Schweiz und der EU über ein Rahmenabkommen wird behauptet, dass die SVP 99 Prozent ihrer Existenzberechtigung aus der Europa- und Zuwanderungspolitik beziehe («Vermisst wird: Ignazio Cassis, Aussenminister», NZZ 2.11.24).

Auch wer nicht mit allen Positionen der SVP einverstanden ist, sollte anerkennen, dass diese Partei und ihre Ver-

treter sich auch für viele andere Anliegen einsetzen, wie zum Beispiel die innere und äussere Sicherheit, Verkehrsfragen, den Umgang mit Steuergeldern, Fragen der Neutralität der Schweiz, Bildungsfragen u. v. m. Das alles soll laut den Autoren nur 1 Prozent der Parteipolitik der SVP ausmachen?

Die Autoren reden einem geregelten Verhältnis zur EU das Wort. Dem ist beizustimmen, es bedeutet aber nicht, dass sich die Schweiz dieser bedingungslos unterwerfen sollte. Ein einseitiges Abkommen mit der EU kann auch aus liberaler Sicht nicht im Interesse der Schweiz sein.

Philip Hjelmér, Zürich

«Schulinseln» sind keine Lösung

Der Regierungsrat empfiehlt als Gegenvorschlag zur Förderinitiative «erweiterte Lernräume» oder «Schulinseln» («Mehr Geld für Schulinseln statt Separation», NZZ 1.11.24). Dort könnte man Kinder, die störten, zeitlich beschränkt aus der Normalklasse separieren.

Gerade solche Schüler sollten aber die Bezugspersonen möglichst wenig wechseln. Sitzen dann dort die schwierigsten Kinder eine Zeitlang wie brave Schäfchen beieinander? Und jedes Kind sollte dabei so gefördert werden, dass es den Stoff, den die Normalklasse während seiner Abwesenheit behandelt, nachher gleichwohl beherrscht?

Eine Sisyphusarbeit, die ständige Absprachen unter den beteiligten Lehrpersonen bedingen würde. Und wenn dann das Kind wieder in die Normalklasse zurückkehrt, würde es dort freudig empfangen? Ein Hin- und Herschieben zwischen den Abteilungen wirkt sich auch in Bezug auf den Kameradenkreis und das Wohlbefinden kaum positiv aus. Zudem käme so eine Schulinsel höchstens als einmalige Massnahme infrage, obwohl damit oft die Schwierigkeiten keineswegs behoben wären.

Eine kleine Förderklasse mit fixer Klassenlehrerin, wo sich das Kind in konstanten Abläufen geborgen fühlt, wäre wohl oft von Anfang an weitaus der beste Weg in die Zukunft.

Hans-Peter Köhli, Zürich

Einkauf in die dritte Säule

Die Schildbürger würden es nicht besser hinbekommen («Pikanter Ausbau des Steuerprivilegs für die Säule 3a», NZZ 7.11.24). Da singen die Bürgerlichen seit Monaten das Hohelied des Sparsens. Und nun begrüssen sie die Möglichkeit des nachträglichen Einkaufs in die dritte Säule – mit riesigen Steuerausfällen bei Bund, Kantonen und Gemeinden.

So lässt sich schlecht sparen. Notabene zahlen lediglich 13 Prozent der Bevölkerung das Maximum in die dritte

Säule ein, viele Menschen mit tiefen Löhnen können – wenn überhaupt – nur geringfügig von dieser Säule in der Vorsorge profitieren. Diese Steuerersparnis käme also einem Bevölkerungsteil zugute, der sich nicht nach der Decke strecken muss und auch ohne erweitertes Steuerprivileg vorsorgen kann. Vorsorge ist wichtig, aber bitte sozialverträglich und mit Köpfchen.

André Rehmann, Klingnau

Durchregieren beim Parkplatzabbau

Das System der «checks and balances» ist elementar für demokratische Prozesse. Ja, Trump hat klar gewonnen. Und wenn die beiden Kammer auch republikanisch werden, so kann diese Partei bei vielen Gesetzen ungehemmt durchregieren. Das beruht auf dem geäußerten Wählerwillen, dient aber deshalb längst nicht den Interessen der Wähler, die im Gegenteil dadurch gefährdet sind. Regierung und Parlament der Stadt Zürich sind nach dem Wählerwillen rot-grün. Das verleiht zum Durchregieren ohne feines Abwägen des Dafür und Dagegen.

Wie im Quartier von Stadtrat Leutenegger («Filippo Leutenegger kämpft gegen den Abbau von 40 Parkplätzen vor seiner Haustür», NZZ 7.11.24) sollen an der Zürcherbergstrasse ohne Rücksicht auf die Bedürfnisse der Anwohner die vorhandenen Parkplätze ersetzt gestrichen werden. Es leben hier viele ältere Leute. Hier parkieren oft Autos der Spitex oder von Handwerkern. Auch Besucher bei den Anwohnern werden unnötig erschwert; das verschlechtert deren Lebensqualität aus rein ideologischen Gründen.

Denn die Aufhebung dieser Parkplätze für eine unnötige neue Veloführung bergwärts im Gegenverkehr würde den Verkehr talwärts bestimmt beschleunigen. Und die Einmündung der steilen Strasse in die Bergstrasse würde grosse zusätzliche Sicherheitsprobleme verursachen.

Ruedi Huber, Zürich

An unsere Leserinnen und Leser

Wir danken allen Einsenderinnen und Einsendern von Leserbriefen und bitten um Verständnis dafür, dass wir über nicht veröffentlichte Beiträge keine Korrespondenz führen können. Kurz gefasste Zuschriften werden bei der Auswahl bevorzugt; die Redaktion behält sich vor, Manuskripte zu kürzen. Jede Zuschrift an die Redaktion Leserbriefe muss mit der vollständigen Postadresse des Absenders versehen sein.

Redaktion Leserbriefe
NZZ-Postfach, 8021 Zürich
E-Mail: leserbriefe@nzz.ch

Oberholzer (obe.), Matthias Venetz (etz.), Miriam Moll (mir.), Leonie Wagner (lwa.).

Social Media: Madleen Kamrath (mdl.), Severin Pomsel (spo.), Lucia Grassi (glu.).

Community: Anja Grünenfelder (ang.).

Podcast: Sven Preger (sve.), Nadine Landert (ina.), David Vogel (dv.), Marien Oehler (oeh.), Antonia Moser (ata.), Jenny Rieger (rie.), Simon Schaffer (ssi.), Alice Grosjean (jea.).

Audience Management: Jonas Holenstein (jho.), Thierry Figni (tfi.), Martin Arnold (maa.), Nicolas Fröhli (frn.).

Visuelle & Editorial Tech: Michael Ikehata (sma.), Anja Lemcke (lea.), Simon Tanner (tan.), Kaspar Manz (xeo.), Joana Kelén (jok.), Nikolai Thelitz (nth.), Jonas Besch (joe.), Florian Seiger (fsi.), Adina Renner (adi.), Gioia da Silva (gds.), Eveline Geiser (eve.), Sven Titz (svt.), Judith Blage (jbl.), Karina Oroszchaff (oro.), Esther Widmann (ewd.), Philipp Wolf (phw.), Eva Mell (evx.), Martin Amrein (mma.), Anna Weber (wea.), Georg Rüschemeyer (rus.).

Feuilleton: Benedikt Neff (ben.), Roman Bucheli (rlb.), Thomas Ribi (rib.), Ueli Bernays (ubs.), Philipp Meier (phi.), Lucien Scherer (isc.), Birgit Schmid (bgs.), Christian Wildhaber (wdh.), Nadine Brügger (nad.), Andreas Scherer (sca.), Rafael Zingg (zin.).

Sport: Elmar Wagner (wag.), Remo Geisser (reg.), Christof Krapf (krp.), Christine Steffen (cen.), Stephan Ramming (ram.), Daniel Germann (gen.), Peter B. Birrer (bir.), Sebastian Bräuer (smb.), Nicola Berger (nbr.), Stefan Osterhaus (sos.), Eva Breitenstein (eva.), Benedikt Koller (bko.), Dominic Wirth (dow.).

Wochenende/Gesellschaft/Reisen: Daniel Wechlin (daw.), Florian Schop (scf.), Esther Rüdiger (eru.), Peter Ackermann (pan.).

Reporter: Andre Spangler (spl.), Marcel Gyr (yvr.), Michael Schilliger (msl.), Katharina Brächer (brk.).

Art Director: Reto Althaus (ral.).

Produktionsredaktion: Benno Matti (bem.), Caspar Hesse (cal.), Lucie Páska (ipa.), Andrea Kopp (ako.), Stefan Reis Schweizer (rsr.), Manuela Kessler (mak.), Roland Tellenbach (rol.), Bodo Lamparsky (la.), Philipp Hufschmid (phm.), Ida Özalp (ilo.), Lisa Leonardi (ili.), Yves Tardent (tay.), Tanja von Arx (tva.), Benjamin Hämmeler (bjh.), Philippe Flück (flp.), Marco Krüger (krm.).

Bildredaktion: Gilles Steinemann (gst.), Andrea Mittelholzer (and.), Roman Sigrist (rsi.), Reto Gratzwohl (grz.), Nicole Aeby (nae.), Martin Berz (brz.), Dominic Nahr (dn.), Dario Veréb (dve.), Isabelle Hager (iba.), Maja Siebrecht (mai.), Simone Imhof (ims.), Stefan Günther (stg.).

Fotografen: Karin Hofer (hfk.), Annick Ramp (apr.).

Korrektorat: Natascha Fischer.

TRIBÜNE

Der Solarstrom rettet die Alpwirtschaft

Gastkommentar

von BORIS PREVIŠIĆ, RUEDI KRIESI und RENATO TAMÍ

Die Schweizer Alpsaison ist seit Ende 2023 Unesco-Weltkulturerbe, und gleichzeitig lohnt sich die Viehsömmerung immer weniger. Seit langem werden die Weiden kleiner, innerhalb von hundert Jahren hat ihre Fläche um fast ein Drittel abgenommen. Das Verganden der Alpen geht mit einer tiefen Wertschöpfung einher, sie beträgt ca. 10 000 Franken pro Quadratkilometer. Und es bedeutet eine massive Reduktion der Biodiversität. Wie soll es weitergehen mit der Alpwirtschaft?

Der Tourismus war lange praktisch die einzige Möglichkeit einer Doppelnutzung. Das verändert sich jedoch mit der Möglichkeit der Stromproduktion mittels alpiner Solaranlagen. Gegenüber der Sömmern erlauben sie eine mindestens hundertfache Wertschöpfung. Die Chancen stehen gut, dass sie die finanzielle Grundlage der traditionellen Alpwirtschaft verbessern kann, das Verlassen von Weiden verlangsamt und das Verganden ganzer Gebiete verhindert.

Allerdings steht die Frage im Raum, ob sich Photovoltaik tatsächlich mit der Viehhaltung verträgt. Inzwischen wird deutlich, dass die Solaranlagen eine Sömmern zulassen. Um im Winter über die hohe Schneedecke hinauszuragen, liegt die Unterkante der Solarmodule auf über drei Metern. Kühe können sich darunter bewegen. Erste Erfahrungen mit Testanlagen zeigen, dass sich die Tiere sogar bevorzugt darunter aufhalten, weil sie je nach Wetter den Schutz der Module gegen Sonne oder Regen suchen. Und mit passenden Baurechtsverträgen zwischen Bauern und Betreibern lassen sich Stromproduktion und Alpsaison gleichzeitig fördern.

Die mögliche Doppelnutzung ergeben auch Abklärungen der Bündner Landwirtschaftsschule Plantahof. Es ist zu erwarten, dass eine Beweidung durch Grossvieh im Bereich der Anlagen in nicht zu steilem Gelände weiterhin möglich ist. Am steilen Abhang können die Modulreihen hingegen dichter beisammenstehen, ohne sich zu beschatten, und die freien Flächen zwischen den Reihen sind somit kleiner. Deshalb eignet sich das Gelände hier möglicherweise nur für galte (nicht Milch gebende) Kühe oder für Schafe und Ziegen. Umgekehrt hilft die Viehsömmerung der Photovoltaik, indem sie die mit Modulen belegten Flächen vor Verbuschung schützt. Verschiedene alpine Photovoltaik-Projekte wie Morgeten, Lauterbrunnen, Disentis (Alp Run) wurden denn auch aus dem Kreis der Landwirte, Alpbesitzer und Alpkorporationen initiiert – mit dem Ziel, ihrerseits Beiträge zur Verbesserung der Infrastruktur zu erhalten.

Mit dem Solarexpress wollte die Politik rasch jährlich zwei Tera-wattstunden Strom mit alpinen Solaranlagen erzeugen. Derzeit gibt es achtzehn öffentlich aufgelegte Anlagen mit einer Kapazität von 20 Prozent des Solarexpresses. Das derzeit grösste Hindernis der alpinen Anlagen ist die Wirtschaftlichkeit. Einerseits sind die ersten offerierten Anlagenpreise mit ungefähr 5000 Franken pro Kilowatt-Peak höher als erwartet – weil die Risiken aufgrund der fehlenden Erfahrung tatsächlich gross sind und die Solarbranche sich diese wegen guter Auslastung auch volumänglich bezahlen lassen will. Zudem mussten Projekte wegen drohender Rekurse redimensioniert werden, was die spezifischen Kosten ebenfalls erhöht.

Andererseits sind die Preise der Strom-Jahreskontrakte in der Schweiz für 2027 wieder gesunken. Diese Kombination macht die Investitionsentscheide trotz maximal 60 Prozent Subventionen unsicher – obwohl die alpine Photovoltaik, bezogen auf den Winterstrom, günstiger ist als die meisten Anlagen auf Bauten. Dennoch ist davon auszugehen, dass die Strombranche einen grossen Teil der aufgelegten Anlagen realisieren wird. Sie ist es seit Beginn der Elektrifizierung gewohnt, langfristig zu planen und mit grossen Risiken umzugehen.

Alpine Photovoltaik ist ein zentraler Baustein für die künftige Winterstromversorgung mit einheimischer Energie, und mit den ersten erfolgreichen Anlagen wird auch die Akzeptanz weiter steigen. Vor allem aber dürfte die Stromproduktion künftig auch zum Erhalt unseres kulturellen Erbes des Alpsommers beitragen. Es könnte so weit kommen, dass Solarpanels so unzertrennlich zu einer Alp gehören wie der Weiderost.

Boris Previšić ist Direktor des Urner Instituts Kulturen der Alpen. **Ruedi Kriesi** und **Renato Tamí** präsidierten die IG Solalpine.

KORRESPONDENTEN
Paris: Daniel Steinorth (DSt.) | London: Niklaus Nuspliger (nn.) | Berlin: Marc Felix Serrao (fxf.) | Jonas Hermann (jsh.) | René Höltzsch (ht.) | Oliver Makrasi (oma.) | Fatima Kalani (kel.) | Susann Kreuzmann (suk.) | Beatrice Achterberg (bta.) | Susanne Gaschke (sug.) | Marco Seliger (mse.) | Johannes C. Bockenheimer (JCB.) | Frankfurt: Michael Rasch (ra.) | Rom: Luzi Bernert (lzb.) | Madrid: Ute Müller (utm.) | Wien: Ivo Mijssen (imi.) | Meret Baumann (bam.) | Tallinn: Linda Koponen (lkkp.) | Brüssel: Daniel Imwinkelried (imr.) | Antonio Fumagalli (afm.) | Moskau: Markus Ackeret (mac.) | Nairobi: Samuel Misteli (smi.) | Istanbul: Volker Pabst (pab.)

Beirut: Daniel Böhm (dan.) | **Tel Aviv:** Reweti Hoffer (rew.) | **Delhi:** Andreas Babst (abb.) | **Taipei:** Patrick Zoll (paz.) | **Peking:** Matthias Kampf (mk.) | **Tokio:** Martin Költing (koe.) | **Sydney:** Barbara Borkhausen (bkh.)

Washington: Christian Weißlog (wsf.) | **Chicago:** David Sager (dal.) | **New York:** Andre Müller (amu.) | **San Francisco:** Marie-Astrid Langer (ila.) | **Rio de Janeiro:** Thomas Miz (mit.) | **Salvador da Bahia:** Alexander Busch (bu.)

WEITERE REDAKTIONEN

NZZ Folio: Aline Wanner (awa.) | Reto Schneider (res.) | Flurin Clalüna (fcl.) | Barbara Klingbacher (bak.)

NZZ Geschichte: Claudia Mäder (cmd.) | Daniel Di Falco (dff.)

DAS UNTERNEHMEN NZZ

Felix Graf (CEO)

Die Neue Zürcher Zeitung AG ist eine 100-prozentige Tochtergesellschaft der Aktiengesellschaft für die Neue Zürcher Zeitung. Bekanntgabe von namhaften Beteiligungen nach Art. 322 Abs. 2 StGB: Neue Zürcher Zeitung (Deutschland) GmbH, Hausvogteiplatz 3/4, 10117 Berlin, The Market Media AG, Zürich.

ADRESSEN

Redaktion: Falkenstrasse 11, Postfach, CH-8021 Zürich,

Tel. +41 44 258 11 11, redaktion@nzz.ch, www.nzz.ch.

Zuschriften: Falkenstrasse 11, CH-8021 Zürich, leserbriefe@nzz.ch.

Anzeigen: gemäss Preisliste vom 1. 1. 2024.

Alle Rechte vorbehalten. Jede Verwendung der redaktionellen Texte (insbesondere deren Vervielfältigung, Verbreitung, Speicherung und Bearbeitung) bedarf der schriftlichen Zustimmung durch die Redaktion. Ferner ist diese berechtigt, veröffentlichte Beiträge in eigenen gedruckten und elektronischen Produkten zu verwenden oder eine Nutzung Dritten zu gestatten. Für jegliche Verwendung von Inseraten ist die Zustimmung der Geschäftsleitung einzuholen. © Neue Zürcher Zeitung AG Kartengrundlage: © OpenStreetMap, © Maptiler